

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zu:

Antrag der CDU-Fraktion - Sicherheit und Ordnung im ganzen Land gewährleisten - Kommunen nicht allein lassen! - Drucksache 6/8017 (Neudruck) vom 23.01.2018

Für ein friedliches Zusammenleben im ganzen Land Brandenburg

Das Land Brandenburg hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Kommunen große Anstrengungen bei der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen unternommen. Dafür gilt allen in diesem Bereich tätigen Menschen, Kommunen, Vereinen und Initiativen der Dank des Landes.

Einige Städte des Landes, darunter die kreisfreie Stadt Cottbus, haben dabei überdurchschnittlich hohe Flüchtlingszahlen zu bewältigen und stehen damit vor besonderen Integrationsherausforderungen. Integration setzt voraus, dass sich einerseits die Gesellschaft offen zeigt und andererseits die zu uns kommenden Menschen gewillt sind, unsere Rechtsordnung anzuerkennen und sich zu integrieren. Um dies zu erreichen, ist die langjährige Anstrengung vieler erforderlich. So wie wir in Brandenburg rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten konsequent entgegenzutreten, werden auch Straftaten von Geflüchteten konsequent verfolgt. Solche Taten erschweren die Integration und schmälern die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements vieler Ehrenamtlicher, die sich in den vergangenen Jahren in vielen Orten des Landes Brandenburg für geflüchtete Menschen engagiert haben.

Weder in Cottbus noch in anderen Kommunen des Landes Brandenburg waren oder sind die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Gefahr. Die Übergriffe der vergangenen Wochen und Monate sind Einzelfälle, die keineswegs auf alle Geflüchteten übertragbar sind. Der Landtag nimmt diese Einzelfälle ernst und fühlt sich in der Pflicht, auch öffentlich wahrnehmbar für eine konsequente Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien Sorge zu tragen. Dazu gehört auch weiterhin die aktive und kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, wie sie durch Akteure der Cottbuser Zivilgesellschaft und andere erfolgt.

Das Land hat in der Vergangenheit die Stadt Cottbus, aber auch andere Kommunen wirksam unterstützt. Auf die sich aktuell ergebenden Herausforderungen reagiert das Land mit einem unterstützenden Maßnahmenpaket.

Der Landtag stellt fest:

Mit dem 2015 ins Leben gerufenen ‚Bündnis für Brandenburg‘, dem 2016 novellierten Landesaufnahmegesetz und dem 2017 verabschiedeten Landesintegrationskonzept sind die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden, mit denen die langfristige Aufgabe der Integration im Land Brandenburg erfolgreich bewältigt werden kann.

Der Landtag begrüßt und unterstützt ausdrücklich:

1. die Vielzahl von Maßnahmen des bürgerschaftlichen Engagements in Cottbus.
2. die kurzfristige Erhöhung der Polizeipräsenz durch mehr Streifen auf den Straßen und zusätzlichen Zivilkräften als ein wichtiges Signal.
3. die Verbesserung der präventiven Polizeiarbeit und die damit verbundene bessere Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrern und Schülern.
4. die Maßnahmen im sozialen Bereich als Voraussetzung für eine gelingende Integration, wie
 - a) den Einsatz von zusätzlichen Migrationssozialarbeitern, auch in der Quartiersarbeit, in Schulen und in Frauenhäusern,
 - b) die besondere Nutzung des Programmes Kiez-Kita und Integration durch Sport,
 - c) den kurzfristigen Einsatz von Präventionsprogrammen (z. B. Gewaltprävention, Mobbing und Demokratieerziehung) in den Schulen der Stadt,
 - d) den verstärkten Einsatz der Programme Teach First Deutschland und FSJ-Schule in den Cottbusser Schulen,
 - e) die Durchführung gemeinsamer regelmäßiger Beratungen mit Vertretern des Jugendamtes, des Schulamtes, der Ausländerbehörde, der Polizei und des Ordnungsamt,
 - f) eine verbesserte Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen zu prüfen sowie
 - g) die zum 1. Januar 2018 erfolgende Änderung der Erstattungsverordnung zum Landesaufnahmegesetz, um auch Migrationssozialarbeit für Geflüchtete im gesamten Land zu finanzieren, die schnell eine Anerkennung erhalten und auf Beratung und Hilfestellung im Alltag angewiesen sind.

Zuwanderung ist eine große Herausforderung, die in weiten Teilen des Landes gelungen ist. Ungeachtet dessen zeichnen sich in einigen Städte und Gemeinden des Landes besondere Herausforderungen ab. Hier wird es notwendig sein, dass das Land verstärkte Unterstützungsmaßnahmen anbietet. Dabei kommen dem Bündnis für Brandenburg sowie der Integrationsbeauftragten des Landes Schlüsselrollen zu.